

EU will neue Finanzsteuer



© Bild: 2010 Getty Images

Die Europäische Union soll eine neue Einnahmequelle bekommen: eine Finanzsteuer. Ob sie tatsächlich eingeführt wird, ist aber fraglich - alle Mitgliedsstaaten müssen dem Plan zustimmen.

Trotz des absehbaren Widerstands der Mitgliedstaaten hat die EU-Kommission eigene Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt in den kommenden Jahren vorgeschlagen. Einnahmen aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer sowie einer EU-Mehrwertsteuer sollen direkt in den Haushalt fließen. Das gesamte Budget der Europäischen Union solle damit nicht erhöht werden, denn die Beiträge der Mitgliedstaaten würden sinken, teilte die Kommission am Mittwoch in Brüssel mit. Deutschland und viele andere EU-Staaten sind gegen spezielle Steuern zur Finanzierung der Gemeinschaft. "Ich erwarte ziemlich harte Diskussionen in den kommenden Monaten", sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Der Vorschlag zum Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 sieht einen Haushalt von insgesamt 971,5 Mrd. Euro an Zahlungsermächtigungen vor. Absolut gesehen ist das eine leichte Erhöhung gegenüber der Finanzperiode von 2007 bis 2013, in der 925,5 Mrd. Euro ausgegeben werden können. Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen ist es allerdings ein leichter Rückgang. Die Quote sinkt auf 1,0 Prozent von 1,06 Prozent.

Der Agrarhaushalt bleibt unverändert bei 371,7 Mrd. Euro über den gesamten Zeitraum. Neben den Kohäsionsfonds mit insgesamt 376 Mrd. Euro machen die Subventionen für die Landwirtschaft die größten Haushaltsposten aus. Zur Finanzierung wichtiger grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte in den Sektoren Verkehr, Energie und Informationstechnologie will die Kommission 50 Mrd. Euro ausgeben. Die Ausgaben für Forschung und Innovation sollen auf 80 Mrd. Euro steigen.

Die EU-Kommission rechnet nach Informationen aus EU-Kreisen mit jährlichen Einnahmen von bis zu 50 Mrd. Euro von einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Je nach Szenario lägen die Einnahmen bei 30, 50 oder sogar 70 Mrd. Euro. "Das Szenario mit 70 Mrd. Euro ist wohl zu ehrgeizig, aber wir können davon ausgehen, jährlich 30 bis 50 Mrd. Euro zu erheben", hieß es in Kreisen der EU-Kommission.

Mehr zum Thema

[EU-Haushalt Der 1000-Mrd.-Euro-Poker beginnt](http://www.ftd.de/politik/europa/eu-haushalt-der-1000-mrd-euro-poker-beginnt/60071162.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/eu-haushalt-der-1000-mrd-euro-poker-beginnt/60071162.html>)

[Klimaziele So trifft uns Oettingers Energieknute](http://www.ftd.de/politik/europa/klimaziele-so-trifft-uns-oettingers-energieknute/60068534.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/klimaziele-so-trifft-uns-oettingers-energieknute/60068534.html>)

[Schuldenkrise Europa muss die Jugend retten](http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-europa-muss-die-jugend-retten/60070631.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-europa-muss-die-jugend-retten/60070631.html>)

Mehr zu: [EU](#), [Europa](#), [José Manuel Barroso](#), [Steuer](#)



José Manuel Barroso,
Präsident der EU-Kommission

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte einen Gesetzentwurf zu einer Finanzsektorsteuer für Herbst angekündigt. Dagegen ist mit Widerstand der 27 EU-Mitgliedstaaten zu rechnen, die alle zustimmen müssten. Nach dem Plan der Kommission wäre ein Satz von 0,01 Prozent des Umsatzes mit Derivaten und von 0,1 Prozent von Staatsanleihen vorgesehen, hieß es in den Kreisen.

Deutschland, Frankreich, Österreich und Luxemburg fordern schon länger eine Finanztransaktionssteuer. Das Geld soll allerdings in die nationalen Haushalte fließen. Zu den prinzipiellen Gegnern einer solchen Steuer gehören Großbritannien und Schweden mit dem Argument, ohne weltweite Steuer drohten Finanzmarktgeschäfte aus Europa abzuwandern. Auf Ebene der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer war ein Vorstoß der Europäer für eine solche globale Steuer im vergangenen Jahr gescheitert.

reuters, 21:06

© 2011 Financial Times Deutschland